



**Dietrich W. Thielenhaus**

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

## Starke Zahlen

Im ersten Halbjahr 2016 sind 182.000 Wohnungsbaugenehmigungen erteilt worden. Das bedeutet – gegenüber dem Vorjahreszeitraum – eine Steigerung um 30,4 % und den höchsten Stand seit 2000. Am stärksten zugelegt haben Wohnheime mit einem Wachstum von – sage und schreibe – 174,2 %, was vor allem auf die hohe Zuwanderung zurückzuführen ist. Erhebliche Zuwächse gab es auch bei Mehrfamilienhäusern (plus 30,7 %), Zweifamilienhäusern (plus 18,3 %) und Einfamilienhäusern (plus 12 %). Haupttreiber dieses Booms sind – neben dem Wohnungsbedarf für Migranten – die niedrigen Zinsen. Die Immobilienwirtschaft schätzt den jährlichen Neubedarf auf bis zu 400.000 Einheiten. Im vergangenen Jahr ist dieses Ziel mit 250.000 neuen Wohnungen deutlich verfehlt worden. Zur Schließung der Lücke werden mehr öffentliche Gelder für den sozialen Wohnungsbau, attraktivere Förderungsbedingungen und der Abbau bürokratischer Hemmnisse gefordert. Als Bremsfaktoren gelten insbesondere steigende Grunderwerbssteuern und hohe Anforderungen an die Energieeffizienz.

## Starke Branche

Angesichts dieser Zahlen und Fakten kann es nicht überraschen, dass die SHK-Branche derzeit überwiegend auf einer Insel der Glückseligen zu leben scheint. Das bestätigt das ifo-Konjunkturbarometer der SHK-Wirtschaft für das erste Halbjahr. Mit plus 74 % hat dieser Index im Mai den besten Wert seit Beginn der Datenerfassung in 2004 erreicht. Der deutsche Markt soll sein letztjähriges Wachstum von 1,6 % im laufenden Jahr auf über 3 % ausbauen. Der Baustoffhandel meldet für das erste Halbjahr sogar eine Umsatzsteigerung von 7,1 %. Dagegen nimmt sich die Umsatzverbesserung der Baumärkte um 1,5 % nahezu bescheiden aus. Zweitgrößtes Sortiment war dort übrigens der Bereich Sanitär und Heizung mit über 828 Mio. Euro.

## Die Folgen des Akademisierungswahns

Die Betriebe des Baugewerbes waren im ersten Halbjahr durchschnittlich für 9,4 Wochen ausgelastet, beim Ausbauhandwerk waren es 7,9 Wochen. Mit anderen Worten: Wartezeiten von bis zu 66 Tagen nach der Auftragsvergabe sind laut Zentralverband des deutschen Handwerks nicht selten. Auch der ZVSHK sieht seine Mitgliedsbetriebe derzeit „am Anschlag“, betont aber, dass die Notdienste zeitnah funktionieren würden. Verschärft wird die Auslastungssituation durch die bekannte Misere bei der Verfügbarkeit von Nachwuchskräften. Ende Juli hatte die Bundesanstalt für Arbeit 511.261 Lehrstellenangebote registriert. Davon waren kurz vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres 172.000 Plätze noch nicht vergeben. Auf jeden Interessenten, der bis Ende Juli noch keine Lehrstelle gefunden hatte, kamen rein rechnerisch 1,3 offene Plätze. Im SHK-Handwerk lag die Quote bei 3,0. Bildete vor zehn Jahren noch jedes fünfte Handwerksunternehmen aus, so übernimmt hier heute nur noch jeder vierte Betrieb Verantwortung. Volkswirtschaftlich wird es höchste Zeit, dem weit fortgeschrittenen Akademisierungswahn zu begegnen. Das sozialromantische Missverständnis, gleiche Bildungschancen seien nur durch Hochschulausbildung für alle zu gewährleisten, wirkt bis heute in vielen Köpfen fort.

## „Nur geborgt?“

Die Bundesbank sieht die deutsche Wirtschaft trotz eines Rückschlags im zweiten Quartal weiter auf Kurs. Zwar habe die Unsicherheit zugenommen. Dennoch gehen die Auguren für 2016 von einem BIP-Wachstum um 1,75 % aus. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sieht allerdings eine zum Jahresende abnehmende Dynamik. Der DIHK hält den anhaltenden Aufschwung in Deutschland „nur für geborgt“. Ohne den niedrigen Ölpreis, die Minimal-Zinsen und den schwachen Euro läge das Wachstum lediglich bei 0,5 %. Motor sei der private Konsum, während die industrielle Basis als Erfolgsmotor schwächer werde. Der Chefvolkswirt der Commerzbank spricht in dem Zusammenhang von einem „Scheinaufschwung“, unter dessen glänzender Oberfläche die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erodiere.

## Die Weisheit der Indianer

Eine alte Weisheit der Dakota-Indianer besagt: „Wenn Du merkst, dass Du ein totes Pferd reitest, dann steig ab.“ Darüber wurde kürzlich ganztägig im Deutschen Bundestag debattiert. Die Bundeskanzlerin hob in einer Regierungserklärung hervor, eigentlich sei kein Pferd so sehr tot, dass man es gar nicht mehr reiten könne. Alternativlos seien vielmehr Maßnahmen zur Motivation und Zertifizierung toter Pferde. Angela Merkel weiter: „Wir schaffen das“. Der SPD-Vorsitzende forderte aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit eine Entschärfung der Kriterien, ab wann ein Pferd als tot zu gelten habe. Im Sinne übergreifender Solidarität könne man auch mehrere tote Pferde nebeneinander anspannen, um die durchschnittliche Gesamtleistung zu erhöhen und eventuelle Einzelschwächen sozialverträglich auszugleichen. Claudia Roth bekundete für die Grünen ihre tiefe menschliche Betroffenheit darüber, dass Pferde überhaupt sterben können. Moralisch geboten sei jetzt die unverzügliche Verabschiedung von Gesetzen zur vorbeugenden sozialen Integration. Gregor Gysi führte den Exitus des Pferdes auf die globale Ungleichheit der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Reit- und Zugtiere zurück. Hier zeige der Kapitalismus wieder einmal sein wahres Gesicht. Der bayerische Ministerpräsident empfahl den Einsatz längerer Peitschen zur effektiveren Nutzung toter Pferde. Und Bundestagspräsident Norbert Lammert rief zur überparteilichen Reflexion auf. Gut sei, dass man darüber debattiert habe. Das beweise erneut die immanenten Stärken des Parlamentarismus. Darüber hinaus regte er die Bildung eines Untersuchungsausschusses an, der prüfen solle, wie in anderen Ländern tote Pferde geritten werden. Denkbar sei, diese Praxis im Rahmen einer EU-Initiative zum Normalzustand zu erklären. Anschließend unterzeichnete Lammert einen entsprechenden öffentlichen Appell mit seinem neuen Montblanc-Füllfederhalter. Außerparlamentarische Wortmeldungen wurden postwendend nachgereicht. Der FDP-Vorsitzende erklärte, es sei ein Gebot der Leistungsorientierung, nur noch qualifiziertes Fachpersonal mit „Seepferdchen“-Nachweis für den Beritt toter Pferde zuzulassen. Für die AfD erfolgten gleich zwei Statements der beiden Vorsitzenden. Frauke Petry forderte ein überzeugendes nationales Konzept, das nicht durch die Mitwirkung von EU-Bürokraten und Schuldenländern verwässert werden dürfe. Und Jörg Meuthen kündigte an, nach einem Wahlsieg dafür sorgen zu wollen, dass Migranten das Reiten toter Pferde erst nach fünfjähriger Bewährungsfrist erlaubt werde.